



Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksversammlung Altona

A/BVG/

Drucksache XX - XXX
Datum XX.XX.2014

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Freier Zugang für Abgeordnete in der Flüchtlingsunterkunft Schnackenburgallee

Derzeit sind im Status der Erstaufnahme und Folgeunterbringung weit über 1000 Flüchtlinge auf dem sogenannten Parkplatz Braun in der Schnackenburgallee untergebracht, dies mit ständig steigender Tendenz. Infolge der überlangen Aufenthaltsdauer von bis zu neun Monaten sowie der Zusammenwürfelung von Menschen unterschiedlichster Ethnien und Konfessionen entstehen immer wieder Konflikte verschiedenster Art, dies auch im Zusammenhang mit dem Wachpersonal. Abgeordnete der Bezirksversammlung und der Bürgerschaft, die versuchen, sich ein Bild von der Situation zu machen, um gegebenenfalls deeskalierend aktiv zu werden, werden von dem Wachpersonal nicht die Unterkunft hineingelassen, sofern sie keine verwandtschaftlichen oder sonstigen Verbindungen mit Namensangabe zu den dort Untergebrachten nachweisen können.

Vom Wachpersonal wird dabei auf *fördern & wohnen* verwiesen, die das Hausrecht ausüben. An der Einlassschranke ist jedoch kein Vertreter von *fördern & wohnen* zugegen. Weder das Vorzeigen von Bürgerschaftsabgeordneten ausweisen noch der Hinweis auf Mitgliedschaft in der Bezirksversammlung Altona führten zu einer Zugangsgenehmigung. Angesichts des großen Konfliktpotenzials muss der ungehinderte und auch nicht angemeldete Zugang für gewählte Abgeordnete zu der Einrichtung gewährleistet sein, auch ohne dass es persönliche Bezugspunkte zu den Bewohnern gibt.

Deswegen wird die Bezirksamtsleitung aufgefordert, bei *fördern & wohnen* dafür Sorge zu tragen, dass Bürgerschaftsabgeordnete durch Vorzeigen des Abgeordneten ausweises Einlass finden und seitens des Bezirksamtes dem Träger *fördern & wohnen* eine Liste der Abgeordneten der Bezirksversammlung sowie des Sozialausschusses vorgelegt wird, die dann mit Vorzeigen des Personalausweises beim Einlass dazu führt, freien Zugang zu der Unterkunft zu bekommen.

Petition:

Die Bezirksversammlung wird um Zustimmung gebeten.